

Verantwortung statt Ehrgeiz



Politisch ehrgeizige CSU Nachwuchspolitiker im Marktrat und wohl auch der Erste Bürgermeister sahen vor einem Jahr die Chance, sich und den Standort Lappersdorf mit der „Herder-Schule“ in die gewünschte Schlagzeile zu bringen: „Herder-Schule-kommt nach Lappersdorf“. Wenn die CSU Mehrheitsfraktion das beschließt, dann kommt sie auch nach Lappersdorf. Wenn die Mehrheitsfraktion nach der großzügigen Einladung im November vorigen Jahres im Mai 2006 die „Herder-Schule“ wieder eingeladen hat, muss sie dafür gute Gründe gehabt haben, Gründe, die sie mit der SPD und den anderen Fraktionen teilt.

Ungewöhnlich schnell und geheim wurde das Projekt „Herder-Schule“ angegangen. Unter Ausschluss des Marktrates wurde mit den Initiatoren verhandelt, den Markträten wurden Informationen zu den Trägern und deren Konzept vorenthalten und Diskussionen darüber untersagt. So konnte die Marktratsmehrheit zu einem Grundsatzbeschluss für die Herder-Schule überredet werden.

Ein Vierteljahr nach diesem Grundsatzbeschluss wurden dem Marktrat endlich die Initiatoren und deren (gutes) Konzept vorgestellt. **Die pädagogischen, wirtschaftlichen und sozialen Bedenken** gegen den Standort Lappersdorf wurden daraufhin in allen Fraktionen laut. **Die SPD sprach diese öffentlich aus und erhielt breite Zustimmung** - hinter vorgehaltener Hand auch von CSU- Markträten sowie von kompetenten und honorierten CSU Mitgliedern. Während der Erste Bürgermeister nun hinter den Kulissen zurückruderte und gleichzeitig die SPD als Blockierer und Verhinderer beschimpfte, ärgerte sich der ehrgeizige CSU-Nachwuchs über das soziale Gewissen und die praktische Vernunft der Mehrheit seiner Kollegen in der CSU-Fraktion. Mit dem Beschluss, von dem privaten Mieter der Hauptschule doch Miet- und Betriebskosten zu verlangen, lobte der Marktrat schließlich die Herder-Schule nach Pielenhofen weg und erlöste den Ersten Bürgermeister von einem selbstgemachten Problem.

Der Marktratsmehrheit war das Schulhaus und die gesicherte Schullaufbahn der Mehrheit unserer Lappersdorfer Schulkinder zu wichtig, um sie einer einzügigen privaten Realschule wegen aufs Spiel zu setzen. Noch hat sich die soziale Verantwortung in der CSU-Fraktion gegen die liberale Ideologie einiger ihrer ehrgeizigen Nachwuchspolitiker durchgesetzt. Die SPD-Fraktion wird die besonnenen Kräfte der CSU darin weiter unterstützen und weiterhin die zum Teil auch aktionistische Politik des Ersten Bürgermeisters kontrollieren - damit Lappersdorf nicht nur wirtschaftlich erfolgreich, sondern auch sozial stabil bleibt.

SPD LAPPERSDORFER MARKT-ECHO

INFORMATIONEN & MEINUNGEN DER SPD-ORTSVEREINE
LAPPERSDORF - HAINSACKER - KARETH

SPD Lappersdorf braucht keine Nachhilfe über Demokratie

Der Vorgang liegt schon geraume Zeit zurück, doch er sollte nicht in Vergessenheit geraten, weil er Grundsätzliches betrifft: Ausgerechnet die CSU in Lappersdorf will beurteilen, was undemokratisch oder vordemokratisch ist. Die Fraktionsvorsitzende Barbara Rappl sollte sich entschuldigen, weil sie Vorgänge im Marktgemeinderat als vordemokratisch bezeichnet hatte. Dort hatte ihr der Bürgermeister das Wort entzogen, weil Rappl bezüglich der Herderschule kritische Fragen stellen wollte. In einer MZ-Stellungnahme zog die CSU sogar einen Vergleich mit dem Hitlerregime. Die Arroganz der Lappersdorfer CSU ist wahrlich nicht mehr zu überbieten. Wer in einem demokratischen Gremium einem gewählten Volksvertreter bei einer sachlichen Diskussion das Wort entzieht, verliert jedes Recht, andere mit dem Hitlerregime in Verbindung zu bringen. Sozialdemokraten haben Leib und Leben im Interesse der Demokratie geopfert, als noch die Vorgänger der C-Partei die „Rechten“ hofiert haben.

Im Übrigen sollte die CSU mal nachlesen, welchen Auftrag die Gemeindeordnung an gewählte Gemeinderäte überträgt: Sie haben kritisch zu verfolgen, was Bürgermeister und Verwaltung machen. Wenn dies im Gemeinderat nicht mehr möglich ist, sind die Gemeinderäte entmachtet.

Die SPD lässt sich von der CSU keinen Maulkorb verpassen. Gewählte Personen haben einen eindeutigen Wählerauftrag zu erfüllen und kritische Vorgänge zu hinterfragen. Wenn derlei Ansinnen die Herrschenden ablehnen, ist dies nicht im Sinne der Demokratie: Denn diese lebt vom Widerspruch – auch wenn es die Lappersdorfer CSU noch nicht begriffen hat.

„Wir wollen mehr Demokratie wagen... Wir suchen keine Bewunderer, wir brauchen Menschen, die kritisch mitdenken, mitentscheiden und mitverantworten.“ Regierungserklärung des Bundeskanzlers Willy Brandt vom 28. Oktober 1969

Mittlere Reife – auch in der Hauptschule Lappersdorf!

Gegen alle Warnungen und Argumente setzte die CSU vor Jahren die 6-jährige Realschule (R 6) durch.

Die Warner haben leider Recht behalten – diese „Reform“ erhöht seitdem unnötig den Leistungsdruck der Grundschulkin- der und provozierte in ganz Bayern den Anfang vom langsamen Ende der wohn- ortnahen Hauptschule.

Auch in Lappersdorf muss man mit die- sen Folgen leben. Trotz eines engagier- ten und professionellen Bildungsangebo- tes der Lappersdorfer Hauptschule versu- chen Lappersdorfer Eltern seitdem, ihr Kind von der Hauptschule möglichst fernzuhalten oder wegzubringen – in meist übervolle staatliche und private weiterführende Schulen. Bei Neueinrich- tungen von weiterführenden staatlichen Schulen im Landkreis wurde Lappersdorf nie berücksichtigt – und das wird so wohl auch bleiben. Aber deshalb dürfen El- tern mit Kindern, die den Übertritt „nicht geschafft haben“, nicht allein ge- lassen werden. 44 % aller Schüler in Bayern sind Hauptschüler – wir brauchen sie, wir brauchen j e d e n Schüler! Und deshalb dürfen wir in Lappersdorf nicht warten, bis die Hauptschule einzü- glich und aufgelöst wird. Wir brauchen eine Schule für die 11- bis 16-jährigen Nicht-Gymna- siasten und -Realschüler, die ihrer Bega- bung entsprechend individuell gefördert werden können. Was spricht gegen eine Hauptschule mit einem Ganztagesange- bot? Was spricht gegen einen Schulver- bund mehrerer Hauptschulen oder was

gegen ein Zusammenlegen von Haupt- und Realschule? Wenn die CSU dazu den Begriff Regionalschule vermeiden will (die SPD und Lehrerverbände be- nennen sie so), dann soll sie halt Ge- meinschaftsschule dazu sagen. Von CSU- Verantwortlichen hört und liest man über die Zukunft der Lappersdorfer Hauptschule Widersprüchliches. Der Landrat beklagt den Verlust einer „hei- matnahen Schullandschaft“ Wie wahr! Sein Vorschlag, Teile der überfüllten Regenstauffer Realschule in die Lap- persdorfer Hauptschule auszulagern, lindert vielleicht die ärgste Raumnö- te der Regenstauffer Realschule – Lappersdor- fer Probleme löst sie nicht. Eine „Leon- hard-Deininger-Gemeinschaftsschule“ in Lappersdorf mit einem Einzugsgebiet aus Pettendorf, Wolfsegg und Zeitlarn mit Ganztagesangeboten und dem „Quali“ oder der „Mittleren Reife“ als Abschluss würde die Probleme vieler Eltern und Schüler lösen. Die SPD im Markt und Landkreis wird sich dafür einsetzen, bis die Lappersdorfer Ge- meinschaftsschule als Beleg für eine er- folgreiche CSU-Bildungspolitik gefeiert wird. Versprochen!

Lesen Sie unsere Meinung
auch im Internet unter
www.spd-lappersdorf.de

Kein Hau-Ruck-Verfahren für Lappersdorfer Verkehrsplanung!

Für den nördlichen Landkreis, und da vor allem für den Raum Lappersdorf, ist in den letzten Wochen eine heiße Diskus- sion entbrannt; es geht um die Frage: Wie kann der zukünftige Verkehr in diesem Gebiet bewältigt werden?

Die Sallerner Regenbrücke soll die Entlastung bringen. Im Zusammenhang mit ihr ist ein Umbau des Lappersdorfer Kreisels notwendig, und davon ist auch die südliche Regensburger Straße betrof- fen. Schon im Jahre 2020 sollen hier fast 18.000 Fahrzeuge pro Tag durchfahren, gegenwärtig sind es 12.000 Autos.

Was die planenden Behörden derzeit beraten, dient in den Augen der Lappers- dorfer SPD vornehmlich der Stadt Re- gensburg. Wer sich in Lappersdorf eine Besserung erhofft, dessen Glaube grenzt an Blauäugigkeit. In völliges Schweigen hüllte sich in der Anfangsphase das Land- ratsamt. So konnte das Staatliche Bau- amt, einst Straßenbauamt genannt, nach freiem Ermessen die Planung vorantrei- ben, und diese Planung dient, so der bis- herige Eindruck, allein den Interessen der Stadt Regensburg. Entlastet werden hier die Amberger Straße, Steinweg und erfreulicherweise auch der Pfaffensteiner Tunnel.

Unsere Meinung zu dem Vorhaben:

1. Die SPD in Lappersdorf und im Landkreis befürworten den Bau der Sal- lerner Regenbrücke und im Zusammen- hang damit die Verlängerung der Osttan- gente.

2. Der Ausbau des Kreisels in Lappers- dorf muss die lebenswichtigen Interessen

von Lappersdorfer Bürgern berücksichti- gen, die derzeit in der Angst leben, dass es in Bälde unerträglich wird, in der Nähe des Kreisels und in der Regensbur- ger Straße zu wohnen.

3. Bei der gegenwärtigen Planung müssen Alternativen für den westlichen Kiesel entwickelt werden, und zwar mit dem Ziel, die Regensburger Straße noch mehr zu entlasten.

4. Es ist nicht hinnehmbar, dass der Verkehr aus dem Tunnel in Richtung Lappersdorf durch ein Wohngebiet ge- führt wird. Die ins Auge gefasste Ergän- zungsspanne ist notwendig.

5. Die Belange der Fußgänger, der Radfahrer und der öffentliche Personen- Nahverkehr müssen in die Planung mit einfließen.

6. Die Marktgemeinde muss den Bür- gern alle Fakten auf den Tisch legen. Der Hinweis des Bürgermeisters, im Jahre 2020 gebe es den „Status quo“, ist nicht mehr als eine abgedroschene Phra- se, ein schlechter Trost und zudem falsch.

7. Der bestehende Lärmschutz für die Anlieger ist den gegenwärtigen Lärm- schutzvorschriften anzupassen.

8. Die SPD Lappersdorf lehnt die Eile, mit der zur Zeit die Planungen durchgeführt werden, strikt ab. Alterna- tive Möglichkeiten, die nicht nur dem Verkehrsfluss auf dem Kiesel, sondern auch den Anwohnern gerecht werden, brauchen Zeit.

Leere Vesprechungen des Landrates?

Nach dem Scheitern der Verhandlungen mit einem Träger eine privaten Realschule für Lappersdorf sucht man in Lappersdorf krampfhaft nach Möglichkeiten, eine weiterführende Schule hier anzusiedeln. Kürzlich hat der Landrat öffentlich vorgeschlagen, die 5. und 6. Klassen der Regenstauer Realschule in Lappersdorf unterzubringen.

Man darf gespannt sein, wie der Lappersdorfer Bürgermeister und der Landrat dieses Versprechen in die Tat umsetzen werden. Wahrscheinlich bleibt die Aussage eine Seifenblase, die sich in ein Nichts auflöst.

Krabbelstube - dem Pfarrer sei Dank!

Seit Herbst dieses Jahres gibt es im Kinderhaus von Hainsacker die Möglichkeit für Kleinkinder, ab sechs Monaten (bis zum Kindergartenalter) in der neu eingerichteten Krabbelstube betreut und gefördert zu werden. Es freut die SPD, dass mit dieser Einrichtung ein weiteres Angebot geschaffen werden konnte, das den Frauen hilft, Beruf und Familie zu vereinbaren.

Sieben Kinder besuchen zur Zeit regelmäßig die Krabbelstube, für Januar sind weitere Kinder angemeldet, und es gibt noch frei Plätze.

Unser besonderer Dank gilt Herrn Pfarrer Gerl, der bei der Diözese Regensburg

Weihnachtsmarkt im Straßenlärm?

Der diesjährige Lappersdorfer Weihnachtsmarkt wird erstmals auf dem Festplatz des Freizeitgeländes „Alter Regen“ abgehalten. Ob diese Entscheidung des Bürgermeisters und der Verwaltung eine kluge Maßnahme war, bleibt abzuwarten. Die SPD hat schon jetzt ihre Zweifel. Weihnachtsmärkte gehören in die Ortschaft, so wie in Hainsacker oder Kareth, und nicht zwischen Autobahn und Kreisstraße.

Warten wir es ab. Die SPD freut sich auf jeden Fall, Sie am Glühweinstand willkommen zu heißen – und bedenken Sie: Der Erlös des Weihnachtsmarktes geht wieder an die Ambulante Krankenpflegestation.

viel Überzeugungsarbeit aufbringen musste, um grünes Licht für Übernahme der Trägerschaft zu erreichen, denn Krabbelstuben passen wohl noch nicht ins Familien(ideal)bild der katholischen Kirche.

Auch der eine oder andere CSU-Marktrat musste erst über seinen ideologischen Schatten springen, als im Marktrat über die Bedarfsanerkennung beschlossen wurde. Dass bei dieser Diskussion Marktrat G. sich wieder mal – und nicht zum erstenmal – eine verbale Entgleisung leistete, als er versuchte, die Krabbelstuben-Eltern an den Pranger zu stellen, sei hier mal auch vermerkt.

Schnappauf in Kareth

Die Vorteile regionaler Vermarktungsstrukturen stellte Umweltminister Schnappauf besonders heraus, als er im Frühjahr 2006 Kareth besuchte. Der Gast sprach auch von der aktuellen Umweltpolitik. Sein Eintrag in das Goldene Buch der Marktgemeinde wird noch Seltenheitswert bekommen: Schnappauf ist der Minister, dessen Name ewig mit dem Skandal um das Ekelfleisch verbunden bleiben wird.

Ehre für Kriegsteilnehmer und KZler

Im Sommer dieses Jahres wurden im Rahmen eines 60-jährigen Vereinsjubiläums ehemalige Kriegsheimkehrer von der Marktgemeinde mit einem Ehrenzeichen geehrt. An das Schicksal der einstigen Kriegsteilnehmer zu erinnern, ist eine Notwendigkeit im Dienste der Friedenssicherung. Noch notwendiger ist es in unseren Augen, einstige Hitlerregime-Gegner zu ehren. Sie haben Mut bewiesen, haben ihr eigenes Leben aufs Spiel gesetzt, haben Zivilcourage in höchstem Maße bewiesen.

Zu wenig wird in Lappersdorf an das Schicksal von Wilhelm Köhler erinnert. Er musste die Misshandlungen des Dachauer Konzentrationslager erdulden, er schätzt heute wie kein anderer die Vorteile der Demokratie. Die SPD Lappersdorf ist stolz auf diesen Mitbürger, der seit 75 Jahren SPD-Mitglied ist.

Selbstdarstellung unübertroffen!

Der Hang, ja übertriebene Drang des Lappersdorfer Bürgermeisters zur Selbstdarstellung ist nicht zu überbieten: Da erschien 2004 eine umfangreiche Farbbroschüre über die Marktgemeinde, gedruckt auf bestem Hochglanzpapier. Auf Seite drei ein großes Farbportrait des Bürgermeisters.

Auch im Internet findet sich der Beweis für diesen Drang zur Selbstdarstellung. Hier erhält der Interessierte einen Hinweis auf die „erich-dollinger.de“. Da wird das „Kommunalpolitische Engagement“, der „Sachverstand“, das „Augenmaß“ des CSU-Mannes Dollinger dargestellt. Und ganz nebenbei erfährt der Leser, dass der Vater einst SPD-Gemeinderat gewesen ist.

Die SPD hat sich ein wenig im Internet umgesehen. Es gibt keine „herbert-mirbeth.de“ (Regensburger Landrat), keine „otto-gascher.de“ (Bürgermeister in Schierling), keine „hans-pollinger.de“ (Bürgermeister in Hemaun)... Und vor allem: Auf keiner Homepage einer Landkreisgemeinde findet sich der Verweis auf die private (CSU-)Homepage des Bürgermeisters. Lappersdorf bleibt unübertroffen.

Herausgeber: SPD-Ortsvereine Lappersdorf, Hainsacker, Kareth
Redaktion: Barbara Rappl (Kaulhausen 46, 93138 Lappersdorf)
Mitarbeiter Harry Huber, Elisabeth Karl, Stefan Königsberger, Albert Lehner, Josef Schmidmeister und Otto Wöhl

Mit den besten Wünschen für die bevorstehenden Festtage verbinden wir die Hoffnung, dass alle Bürgerinnen und Bürger in unserer Marktgemeinde im Jahre 2007 zufrieden leben können.
SPD-Lappersdorf - SPD-Hainsacker - SPD-Kareth

Kein Streit über Werbeanlagen

Sauber sind sie, im Winkel und gereiht, sofort als Lappersdorfer Werbe- oder Infotafeln erkennbar in dem klaren Weiß oder Schwarz mit der stahlblauen Lappersdorfer Logo-Welle. Und – endlich Ordnung statt (Schilder-)Wildwuchs – wir werden keine „italienischen Zustände bekommen! Kaum ist Ruhe in Lappersdorf, kommen schon wieder die Nörgler. Ordnunguniformen seien dies, alle gleich lang, gleich breit, einheitlich weiß-schwarz oder weiß-blau und alle gleich lappersdorf-langweilig. Marktverordneter Kommunismus!
Nur gut, dass man darüber nicht weiter streiten wird, weil man die viel zu kleinen Schriftzüge aus der Position des wegsuchenden Autofahrers eh nicht entziffern kann.

Gefahren von der Autobahn?

An die 150 Millionen Tonnen Gefahrguttransporte werden jährlich in Deutschland durchgeführt: per Bahn, auf den Flüssen, auf den Straßen. Welche Risiken von diesen Transporten für die Bevölkerung ausgehen, zeigte sich Ende November bei Wörth a. d. Donau. Ein Lkw mit Chemikalien fing Feuer – und niemand wusste, was dieses Feuer auslösen wird.
Auch die Marktgemeinde Lappersdorf ist betroffen. In unmittelbarer Nähe führt eine stark befahrene Autobahn an unseren Orten vorbei, und niemand spricht von den Risiken. Hauptsache, die chemische Industrie schafft ihre Transporte rasch und möglichst billig.
Vor Monaten hat das Landratsamt einen Hochwasserbeauftragten geschaffen. Wäre es nicht genauso wichtig, einen Beauftragten für Gefahrguttransporte zu installieren? Muss erst ein schlimmer Unfall passieren, bis man eine solche Einrichtung schafft? Der Ekelfleischskandal hat's bewiesen: Behörden werden erst dann aktiv, wenn es stinkt, im genannten Fall: wenn es brennt und Menschen geschädigt werden.

Wenn vom Himmel die Sonne lacht, dann hat's die CSU gemacht!

Was haben bayerische Landtags-CSU und die Lappersdorfer CSU gemeinsam? Sie lehnen Ideen und Anträge der SPD bei der Erstberatung strikt ab und machen die Antragsteller in der Öffentlichkeit lächerlich. Im Laufe der nächsten Jahre werden dann die SPD-Ideen in die Tat umgesetzt und bei der öffentlichen Vorstellung oder bei Einweihungsfeierlichkeit lässt sich die CSU für ihren Tatendrang feiern und belobigen.

Beispiel 1: 1996 hat die SPD im Gemeinderat von Lappersdorf wohnortnahe und kleinere Senioreneinrichtungen in der Gemeinde Lappersdorf gefordert. In den Augen der CSU war dies eine „müßige Diskussion“, weil Lappersdorf noch nicht im Pflegebedarfsplan sei, wurde behauptet. Und der wortgewaltige CSU-Rat G. verkündete: Die SPD führt eine Diskussion, die nicht in den Gemeinderat gehört. In einem Pressegespräch und in einem CSU-Flugblatt missbilligte die Rathausspitze die SPD-Forderung nach einer modernen Senioreneinrichtung in Hainsacker. Im Frühjahr 2006 wurde dieses als „Senioren-Servicehaus“ feierlich eingeweiht. CSU-Ministerin Stewens lobte das Wohngruppenkonzept.
Dass es die SPD vorgeschlagen hatte, verschwiegen man.

Beispiel 2: Im Oktober 1997 stellte die Lappersdorfer SPD einen Antrag auf einen Jugendtreff in Lappersdorf. Der damalige Jugendbeauftragte und CSU-Gemeinderat erklärte: Die SPD hat mit ihrem undifferenzierten Antrag weniger

an die Jugendlichen als an die nächste Wahl gedacht. Und der CSU-Bürgermeister Todt setzte noch drauf: Der geforderte Jugendtreff könnte „für funktionierende Gasthäuser gefährlich werden“ und die Jugendarbeit in den Vereinen werde möglicherweise geschädigt.

Die Folge: Schon im Jahre 2002 beschloss der Marktrat die Einstellung eines hauptamtlichen Jugendpflegers und 2004 wurde der neue Jugendtreff eingeweiht, begleitet von selbstlobenden CSU-Reden.

Beispiel 3: Die SPD forderte seit den 90er Jahren eine Ausweitung des Lappersdorfer Kinderbetreuungsangebotes. Zu diesen Forderungen der CSU-Bürgermeister im Februar 1999: „Das Kindergartenthema ist nicht für politische Diskussion geeignet. Die Kinderzahlen gehen zurück“ und: „Die Kindergartenplätze reichen in Hainsacker noch für Jahrzehnte.“ Noch im selben Jahr musste in Hainsacker eine 5. sowie ein Jahr später eine 6. Ganztagsgruppe eingerichtet werden.

Heute lässt man sich in Lappersdorf in aller Öffentlichkeit dafür feiern, dass die Marktgemeinde bezüglich der Kinderbetreuungsangebote bayernweit in der Spitzengruppe sei.

Man könnte jetzt der CSU vorhalten, sie würde sich mit fremden Federn schmücken. Doch was soll's: Hauptsache den Bürgern, den alten und jungen in unserer Gemeinde, wurde ein großer Dienst erwiesen.